

Thomsen, Stefan

Article

Ein-Euro-Jobs in Deutschland verfehlen ihre Beschäftigungsziele deutlich

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Thomsen, Stefan (2010) : Ein-Euro-Jobs in Deutschland verfehlen ihre Beschäftigungsziele deutlich, ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Vol. 13, Iss. 3, pp. 8-9

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/126022>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein-Euro-Jobs in Deutschland verfehlen ihre Beschäftigungsziele deutlich

Mit mehr als 750.000 Teilnehmern pro Jahr sind sogenannte Ein-Euro-Jobs das am häufigsten eingesetzte Instrument zur arbeitsmarktpolitischen Aktivierung von Arbeitslosengeld II-Beziehern. Sie haben das Ziel, die Chancen der Teilnehmenden zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung zu erhöhen. Wie eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, verfehlen Ein-Euro-Jobs diese Zielsetzung jedoch deutlich und wirken zum Teil sogar kontraproduktiv.

Im Zuge der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Jahr 2005 wurde mit den Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante) ein neues arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Aktivierung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Deutschland geschaffen. Ein-Euro-Jobs sind geförderte, in der Regel sechs Monate andauernde Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor. Diese sollen wettbewerbsneutral und arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig sein. Ziel der Förderung ist es, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu erhalten oder zu verbessern und somit die Chancen auf den Übergang in eine reguläre Beschäftigung zu erhöhen.

Die Teilnehmer erhalten weiterhin Arbeitslosengeld II (ALG II) und zudem eine Aufwandsentschädigung in Höhe von etwa 1 bis 2 Euro pro Arbeitsstunde. Nach Intention des Gesetzgebers sollen mit Hilfe dieser Maßnahmen vor allem benachteiligte Hilfebedürftige gefördert werden, das heißt Personen mit besonderen Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden. So hatten in Deutschland gemäß dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009) im Jahr 2006 mehr als 34 v.H. aller erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen einen Migrationshintergrund, wohingegen der Anteil in der gesamten Bevölkerung lediglich 19,5 v.H. betrug. Immigranten sind demnach überproportional häufig von Hilfebedürftigkeit betroffen und stellen eine zentrale Zielgruppe der Ein-Euro-Jobs dar.

In einer aktuellen Studie des ZEW (ZEW Discussion Paper Nr. 10-027) werden die individuellen Beschäftigungswirkungen der Teilnahme an Ein-Euro-Jobs untersucht. Dabei werden separate Schätzungen für verschiedene Grup-

pen vorgenommen. Eine erste Unterteilung findet nach Geschlecht der Teilnehmer statt. Zudem werden Gruppen für Personen mit und ohne Migrationshintergrund gebildet.

Daten und Spezifikation

Grundlage der Untersuchung sind Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit zu jeweils 80.000 Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die im Jahr 2006 in den ALG II-Bezug zugegangen sind. Diese Daten ermöglichen eine detaillierte Darstellung und Berücksichtigung der Erwerbsbiographie der betrachteten Personen. Zudem erlauben sie eine Identifikation von Personen mit Migrationshintergrund über die bloße Information der Staatsbürgerschaft hinaus.

Als Schätzstrategie wird ein sogenanntes Propensity Score Matching vorgenommen, um die durchschnittlichen Effekte von Ein-Euro-Jobs zu bestimmen. Diese Methode eignet sich dazu, die Effektivität temporärer Arbeitsgelegenheiten unter Berücksichtigung der Terminierung der Maßnahme zu evaluieren. Die Konditionierung auf den genauen Zeitpunkt des Angebots eines Ein-Euro-Jobs des Leistungsbezugs (wir unterscheiden Quartal 1 bis Quartal 4 des Leistungsbezugs, siehe Tabelle) ist notwendig, um den Effekt des Maßnahmeneinsatzes zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu Hilfebedürftigen ohne momentane Förderung zu ermitteln.

Negative Effekte für Männer ohne Migrationshintergrund

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Ein-Euro-Jobs das Ziel der Erhö-

hung der Beschäftigungschancen deutlich verfehlen (siehe Tabelle). Für Männer ohne Migrationshintergrund sind sogar stark negative Beschäftigungseffekte zu verzeichnen. Bei den Personen dieser Gruppe, denen während des ersten Quartals ihres ALG II-Bezuges ein Ein-Euro-Job zugewiesen wird, sinkt aufgrund der Teilnahme die Wahrscheinlichkeit, drei Monate nach Maßnahmebeginn einer regulären Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nachzugehen, um 4,1 Prozentpunkte. Anders ausgedrückt hätten sich die Teilnehmer ohne die Maßnahme also besser gestellt und ihre Beschäftigungswahrscheinlichkeit wäre um 4,1 Prozentpunkte höher.

Negative Effekte zu Beginn einer Maßnahme sind allerdings nicht untypisch, da hier von sogenannten Lock-in-Effekten ausgegangen werden muss. Durch die Maßnahmeteilnahme ist die Zeit der Teilnehmer begrenzt, um nach einer Beschäftigung zu suchen. Es muss daher im Vergleich zu einer Situation ohne Teilnahme von einer weniger intensiven Suche nach Beschäftigung ausgegangen werden. Erst nach Beendigung der Maßnahme ist wieder mit einem Anstieg der Suchintensität und somit einem Anstieg der Programmwirkung zu rechnen. Dies ist im Falle der Ein-Euro-Jobs jedoch nicht zu beobachten. Ein Jahr nach Maßnahmebeginn haben die teilnehmenden Männer ohne Migrationshintergrund eine um 3,1 Prozentpunkte niedrigere Wahrscheinlichkeit gegenüber vergleichbaren Nichtteilnehmern, einer regulären Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nachzugehen. Dies ist ein substanzieller Effekt, da die Wahrscheinlichkeit, ein Jahr nach Zugang in den ALG II-Bezug einer ungeforderten Beschäftigung nachzugehen, über alle arbeitslosen ALG II-Beziehenden hinweg im Durchschnitt bei etwa 20 Prozentpunkten liegt.

Die negativen Beschäftigungseffekte fallen für Männer ohne Migrationshintergrund, die im zweiten Quartal ihres Leistungsbezugs mit Ein-Euro-Jobs ge-

fördert werden, noch deutlicher aus. Hier belaufen sich die Lock-in-Effekte auf 5,6 Prozentpunkte. Ein Jahr nach Maßnahmebeginn ist die Beschäftigungswahrscheinlichkeit um 4,4 Prozentpunkte niedriger als in einer Situation ohne Förderung. Für Maßnahmen, die im dritten oder vierten Quartal des Leistungsbezugs starten, lassen sich ausschließlich negative Beschäftigungseffekte erkennen.

Immigranten und Frauen ohne Migrationshintergrund

Ebenfalls ein enttäuschendes Bild der Wirkung von Ein-Euro-Jobs ergibt sich für Männer mit Migrationshintergrund. Für die im ersten Quartal ihres Leistungsbezugs geförderten Personen dieser Gruppe lässt sich zwölf Monate nach Maßnahmebeginn ein negativer Effekt auf die Beschäftigung von 2,7 Prozentpunkten feststellen. Zwar ist dieser Effekt nicht statistisch signifikant und es treten keine starken Lock-in-Effekte auf, jedoch nimmt der absolute Betrag des Effekts im Zeitverlauf zu. Deshalb ist bei einem längeren Beobachtungszeitraum ebenso nicht mit einer positiven Beschäftigungswirkung zu rechnen. Entsprechendes gilt für das zweite Quartal, in dem die geschätzten

Effekte zwar keinem einheitlichen Trend folgen, aber stets negativ sind. Für Förderungen, die im dritten oder vierten Quartal des Leistungsbezugs beginnen, ergeben sich zum Teil positive Effekte. Diese sind allerdings nicht statistisch signifikant.

Im Vergleich zu den Männern ist die Wirkung von Ein-Euro-Jobs bei Frauen weniger konträr zur Intention des Gesetzgebers. Sie kann dennoch keinesfalls als positiv bezeichnet werden. Dies gilt für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. So sind die Effekte der Ein-Euro-Jobs, die im ersten Quartal des Leistungsbezugs beginnen, zwar weitgehend insignifikant, aber stets negativ. Im zweiten Quartal sind die Effekte ähnlich wie bei den Männern deutlich stärker negativ ausgeprägt. Für Frauen ohne Migrationshintergrund ergibt sich in diesem Quartal über den gesamten Beobachtungszeitraum ein negativer Beschäftigungseffekt in Höhe von etwa 3 Prozentpunkten. Bei Frauen mit Migrationshintergrund schwanken die negativen Effekte zwischen 2,8 und 4,1 Prozentpunkten. Im dritten und vierten Quartal des Leistungsbezugs sind die Effekte für geförderte Frauen ohne Migrationshintergrund negativ, aber zu meist nicht statistisch signifikant. Für Immigrantinnen zeigen sich zum Teil

positive Effekte, die aber zusammengekommen ebenfalls insignifikant sind. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Ein-Euro-Jobs ihre beabsichtigte Wirkung nicht erreichen. Anstatt die Beschäftigungschancen zu erhöhen, verringern sie die Wahrscheinlichkeit, dass Teilnehmer eine reguläre Beschäftigung finden und aus dem ALG II-Bezug abgehen. Die Maßnahmeeffekte sind insbesondere dann negativ, wenn die Zuweisung in einen Ein-Euro-Job während des zweiten Quartals des Leistungsbezugs erfolgt. Zwar fallen die ermittelten Effekte für Immigranten häufig etwas günstiger aus als für Personen ohne Migrationshintergrund. Dennoch sind Ein-Euro-Jobs in dieser Personengruppe ebenso kein geeignetes Instrument, um die Hilfebedürftigkeit durch die Aufnahme einer Beschäftigung zu überwinden. Der Einsatz von Ein-Euro-Jobs mit dem Ziel der Aktivierung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger sollte daher kritisch überdacht werden.

Stephan Thomsen,
stephan.thomsen@ovgu.de
Thomas Walter, walter@zew.de

Literatur:

Thomsen, S. und T. Walter (2010): Temporary Extra Jobs for Immigrants: Merging Lane to Employment or Dead-End Road in Welfare?, ZEW Discussion Paper Nr. 10-027, Mannheim. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009): Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund, Abschlussbericht, Hauptband, Forschungsbericht 395, Berlin.

Wirkung von Ein-Euro-Jobs								
		Männer				Frauen		
Monat nach Maßnahmebeginn	3	6	9	12	3	6	9	12
Quartal 1								
Personen ohne MH	-0,0410***	-0,0254**	-0,0263**	-0,0312**	-0,0105	-0,0261	-0,0249	-0,0200
Personen mit MH	-0,0080	-0,0129	-0,0242	-0,0272	-0,0390***	-0,0119	0,0152	-0,0090
Quartal 2								
Personen ohne MH	-0,0565***	-0,0565***	-0,0422***	-0,0438***	-0,0310**	-0,0295*	-0,0325**	-0,0285*
Personen mit MH	-0,0438***	-0,0185	-0,0408**	-0,0243	-0,0277**	-0,0392**	-0,0407**	-0,0277
Quartal 3								
Personen ohne MH	-0,0263**	-0,0172	-0,0306**		-0,0245	-0,0145	-0,0152	
Personen mit MH	-0,0176	0,0086	0,0024		-0,0249	-0,0370**	0,0097	
Quartal 4								
Personen ohne MH	-0,0249*	-0,0138			-0,0286*	-0,0277		
Personen mit MH	0,0260	0,0349			-0,0055	0,0053		

Lesehilfe: Dargestellt ist jeweils der sogenannte Average Treatment Effect on the Treated (ATT). Er gibt an, um wie viele Prozentpunkte sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit eines Maßnahmeteilnehmers durch den Besuch der Maßnahme verändert. Der Eintrag in der linken oberen Ecke sagt somit aus, dass sich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit eines Mannes ohne Migrationshintergrund, dem während des ersten Quartals seines Leistungsbezugs ein Ein-Euro-Job zugewiesen wird, drei Monate nach Maßnahmebeginn um 4,1 Prozentpunkte verringert – im Vergleich zu einer Situation ohne Maßnahmeteilnahme. ***, ** und * zeigen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5 bzw. 10-Prozent-Niveau an. MH steht für Migrationshintergrund. Für nicht gefüllte Zellen standen keine Daten zur Schätzung von Effekten zur Verfügung.